



An das
Bundesministerium für Wirtschaft Familie
Jugend
Stubenring 1
1011 Wien

BMF - I/4 (I/4)
Hintere Zollamtsstraße 2b
1030 Wien

Sachbearbeiter:
Mag. Wolfgang Mittermayr
Telefon +43 1 51433 501171
Fax +43 1514335901171
e-Mail Wolfgang.Mittermayr@bmf.gv.at
DVR: 0000078

GZ. BMF-113000/0015-I/4/2010

**Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Maß- und Eichgesetz
geändert wird; Stellungnahme des Bundesministeriums für Finanzen
(Frist: 19. April 2010)**

Das Bundesministerium für Finanzen beehrt sich, zu dem im Betreff genannten Begutachtungsentwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

Mit der gegenständlichen Novelle sind finanzielle Auswirkungen zu erwarten, und zwar hinsichtlich der Einführung der Eichpflicht

- für Kältezähler
- für Dosis-Längenprodukte-Messgeräte
- für Zusatzfunktionalitäten bei Zählern für Flüssigkeiten, Gas und therm. Energie, wobei das BMWFJ jeweils auf die Erläuterungen im besonderen Teil verweist.

Dazu wäre von Seiten des Bundesministeriums für Finanzen zu bemerken, dass die vom BMWFJ im besond. Teil zu Ziff. 10, 11, 14, 15 und 20 vermerkten Mehrkosten auf Belastungen der Wirtschaft durch erhöhten Aufwand für die Prüfung der Geräte hinweisen. Den Hinweisen des BMWFJ im besond. Teil der Erläuterungen ist kein Indiz zu entnehmen, ob und in welchem Ausmaß dem Bund aus dem Vollzug des Gesetzes Belastungen treffen.

Lt. § 14a Abs. 1 BHG iVm §§ 2 und 8 der Standardkostenmodell-Richtlinien – SKM-RL, BGBl. II 278/2009, sind bei Gesetzes- und Verordnungsentwürfen die Auswirkungen auf die Verwaltungskosten für Bürger/innen und für Unternehmen darzustellen.

Gemäß dem Rundschreiben des BKA vom 1. September 2009, BKA-600.824/0003-V/2/2009, wird angeregt, im Vorblatt die Überschrift „Auswirkungen auf die Verwaltungslasten für Unternehmen“ um die Aussage der Bürger/innen zu erweitern. Weiters wird seitens der h.o. Abteilung angeregt (wie bereits im Email vom 23.03.2010 vermerkt), die für die Berechnung der Verwaltungslasten für Unternehmen herangezogenen Parameter zu übermitteln.

Das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend wird ersucht, die Darstellung der Verwaltungskosten für Bürger/innen im Vorblatt vorzunehmen. Das Bundesministerium für Finanzen schlägt vor, dass die vorliegende Gesetzesnovelle zurückgestellt wird bis zur Vorlage einer Darstellung der finanz. Auswirkungen für den Bundeshaushalt.

14. April 2010

Für den Bundesminister:

Mag. Gerhard Wallner

(elektronisch gefertigt)